

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1906**

39 (15.2.1906) [Zweites Blatt]

# Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. — Abonnementspreis: ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pf., vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Abgaben abgeholt, monatlich 60 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition: Poststraße 24. Telefon: Nr. 128. — Postzeitungsliste: Nr. 8144. Erscheinungsort der Redaktion: 12-1 Uhr mittags. Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: die einpaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Total-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vormittags 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden der Expedition: vormittags 1/2 8-1 Uhr und nachmittags von 2-1/2 7 Uhr.

Nr. 39.

Karlsruhe, Donnerstag den 15. Februar 1906.

26. Jahrgang.

## Bede des Abgeordneten Gen. Kolb

in der Sitzung des Landtags vom 9. Februar.

(Schluß.)

Gegen den Bureaucratismus.

Das Grundübel unserer Staatsverwaltung erblickt in dem veränderten bürokratischen System, in der Vorkorruption des Juristenlebens, in der Tatsache, daß der Kaufmann und der Techniker in der Staatsverwaltung nicht genügend berücksichtigt werden. Daß der Kaufmann, der sonst überall, wo es sich um eine Wirtschaft handelt, an der Spitze steht, auch in der Staats- oder Kommunalverwaltung an geeignete Stellen gestellt wird, davon ist keine Rede. Sollten Sie es denn nicht für notwendig halten, in der Generaldirektion einen Kaufmann zu haben? Das Budget der Generaldirektion würde dann anders aussehen.

Genau so ist es in den technischen Abteilungen. Wir sehen im Zeitalter der Technik. Was für eine Rolle spielt aber der Techniker in der Staatsverwaltung? Das fünfte Rad am Wagen. Überall sitzt der Jurist vornehm dran und der Techniker ist höchstens Beirat. Im praktischen Leben dagegen ist es umgekehrt; da steht der Techniker und der Kaufmann an der Spitze und der Jurist ist der Beirat, wie sich das auch gehört. (Sehr richtig.)

In Staatsexamen sollte darauf Rücksicht genommen werden, daß unseren künftigen Beamten die nötigen volkswirtschaftlichen Kenntnisse nicht fehlen. Die Kenntnisse, die sie heute aus dem Repetitorium des Dr. Quarcis mit ins Leben hineinnehmen, reichen nicht aus. Heute braucht nicht bloß der Techniker und der Kaufmann volkswirtschaftliche Kenntnisse, heute braucht sie auch der Jurist, jeder Staatsbeamte überhaupt. Deshalb sollte schon im Staatsexamen mehr Gewicht darauf gelegt werden. Die Folgen dieses Mangels zeigen sich in der Staatsverwaltung.

Wenn man die Techniker nicht in der Weise berücksichtigt, wie sich das gehört, dann wird sich der Mangel an wirklich guten Technikern immer fühlbarer machen. Es wurde im Laufe der Debatte wiederholt darauf hingewiesen, daß wir in vielen technischen Ressorts Mangel an Technikern haben. Wir haben aber nicht nur einen quantitativen Mangel, wir haben — das muß offen gesagt werden — in der Staatsverwaltung auch einen qualitativen Mangel an Technikern, namentlich im Bahnbau. Das ist kein Wunder; es fällt doch natürlich keinem tüchtigen Techniker ein, im Staatsdienst mit 2000 Mk. anzufangen und nach 10 und 10 viel Jahre mit 5000 Mk. hinaufzukommen und sich noch vor juristischen Vorgesetzten schubriegeln zu lassen. Da geht er lieber in die Privatindustrie, wo er mit 25 und 26 Jahren schon so viel bekommt und unter Umständen mehr, als er im Staatsdienst je erhalten könnte.

### Allgemeine Politik.

H. Herren! Ich komme nun zur Politik. Schon während des Wahlkampfes und auch hier während der Debatte ist zum Ausdruck gekommen, daß hier (zum Zentrum) ein großes Uebel liegt und dort (zu den Liberalen) ein großes Uebel liegt. Die Herren halten sich gegenseitig für das größte Uebel. (Heiterkeit.) Daraus ziehen wir die Folgerung, daß wir das kleinste Uebel sind und hoffen, daß die Wähler brauchen denselben Schicksal ziehen. (Heiterkeit.) Sie werden dann in Ihrer Presse nicht mehr behaupten, wir seien die schlimmsten, und es könnte ein guter Staatsbürger einem Sozialdemokraten seine Stimme nicht geben.

### Das Stichwahlbündnis.

Das Zentrum hat sich außerordentlich entrüstet über das Stichwahlbündnis, das zwischen dem Volk und der Sozialdemokratie abgeschlossen worden ist. Ich bin der Meinung, daß bei dieser Entzweiung eine gute Portion Verger über die ganz unerwartete Enttäuschung zum Ausdruck gekommen ist. Das Zentrum hat zwar damit gerechnet, daß da und dort Sozialdemokraten dem Wahlbündnis die Stimme geben werden und umgekehrt. Daß aber ein solches Bündnis abgeschlossen und mit solchem Erfolg durchgeführt würde, das hat sich selbst Herr Weber nicht träumen lassen. (Sehr richtig.) Und weil das so gekommen ist, weil die Zentrumserwartung ein so großes Loch bekommen hat, weil in der Stichwahl auch nicht ein einziges Mandat zu haben war, deshalb diese hängigen Wortwüste, als hätten die Nationalliberalen damit wunder welches Verbrechen begangen! Die Nationalliberalen hätten aber politischen Selbstmord verübt, wenn sie es nicht getan hätten, niemand hätte einen größeren Schaden gehabt als sie selbst. Aber Sie (zum Zentrum) hätten sich ins Fäustchen gelockt, denn Sie hätten den Nutzen gehabt. Da, wo der Nationalliberalismus nicht zu derselben Zeit kommt, wie in Baden, sinkt er zum Handlanger der Reaktion herab, wie das in Preußen der Fall ist. Von positivem liberalem Arbeiten kann dort keine Rede mehr sein. Sie vom Zentrum haben gar keine Ursache, sich zu entrüsten. In Baden haben Sie zwar nie Kompromisse abgeschlossen mit uns, sondern immer nur nach dem Scheitern des Scheiterns: „Mamier mich nicht, mein liebes Kind, und grüß mich nicht den Linden“. (Heiterkeit.) Aber im übrigen waren Sie sehr geneigt, für den sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen; ich erinnere mich gut, wie wir im Jahre 1897 im katholischen Mainz und verammelt haben, Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrumsmänner und von dort im geschlossenen Zug zum Wahllokal gezogen sind, um dort nicht etwa einen Zentrumskandidaten zu wählen, sondern zwei Sozialdemokraten und einen Demokraten! (Heiterkeit.) Sollten Sie also diese Anschuldigungen und Hellen Sie sich nicht hin als die einzigen Verfechter wirklich staatsreuer Gesinnung. Das zieht heute nicht mehr. Wie wenig die Wähler gewillt gewesen wären, diejenige Politik zu verfolgen, die Sie und die Regierung ihnen zumuten wollten, das zeigte der Ausfall der Stichwahl. Der hat alle überzogen. Man hat gewußt, daß im Volk eine liberale Strömung vorhanden ist; aber daß mit solcher Einmütigkeit und Geschlossenheit die Parole befolgt wurde, darüber waren alle überrascht, selbst die Führer, die doch wahrhaftig in solchen Sachen erfahren sind.

### Die Situation der Liberalen

ist keine solche, daß sie sich auf Experimente einlassen könnten, wie sie die Regierung wieder empfohlen hat. In dem Augenblick, wo der Liberalismus dem Räte der Regierung folgen würde, könnte er auch in Baden sich geborgen lassen. (Große Heiterkeit.) Wenn Sie (zu den Liberalen) mit den Herren hier (zum Zentrum) Bündnisse abschließen, sind diese immer der Gewinnende und Sie der verlierende Teil. Der Liberalismus hat noch niemals etwas gewonnen, wenn er mit dem Zentrum sich eingelassen hat, das beweist ja die Geschichte des Liberalismus. Es ist der Fehler des Liberalismus, daß er immer nur der Not gehorcht, nicht dem eigenen Triebe, seine liberalen Prinzipien hervorzuhebt. Sie (zu den Liberalen) haben dem Zentrum vorgearbeitet bis zu diesem Augenblick, wo Sie gesehen haben, daß Sie eine Schwächung machen müssen, wenn es nicht noch schlimmer werden sollte. Die Wähler machen eine wahrhafte liberale Politik nicht, wenn nur die Führer mitmachen. Das haben wir bei den letzten Wahlen gesehen. Da hat immer der Redner den größten Beifall gefunden, der am entschiedensten liberale und demokratische Prinzipien vertreten hat und nicht die anderen, die den Wasserjuppenliberalismus predigten. Für den böhdischen Liberalismus gibt es, so wie die Dinge heute liegen, ein „zurück“ auf diesem Gebiete nicht mehr. Die Regierung kommt ja allerdings und sagt, ihr müßt nach wie vor eine gemäßigte liberale Politik treiben. Ich bin mir nicht ganz klar darüber, was das für ein Ding ist, diese gemäßigte liberale Politik. Es ist offenbar zutreffender, wenn man dieses Ding gemäßigt konfessionell nennt. (Sehr richtig.) Mit dem gemäßigten Liberalismus kommt man in der heutigen Zeit nicht weiter, wo uns die Reaktion im Nacken sitzt. Da muß man entschieden liberal werden; und kann der deutsche Liberalismus sich dazu nicht aufzwingen, dann ist er verloren, wenn er auch noch so sehr seine „gemäßigte liberale“ Politik betont.

Die Regierung sagt: ja nicht zu weit nach links. Aber was soll das heißen? Mit wem will die Regierung dem Politik machen? Etwa mit den Bauernbüdnen? Etwa mit den Konfessionellen und dem Zentrum? Das muß eine schöne liberale Politik sein, die man mit dem Zentrum machen kann. (Heiterkeit.) Die Liberalen haben alle Ursache, auf dem Wege weiter zu marschieren, den sie jetzt eingeschlagen haben, und ich möchte wünschen, daß ein noch etwas schnelleres Tempo eingeschlagen wird. (Sehr richtig.) (Heiterkeit.) Der Fall, den wir am 28. Okt. abgeschlossen haben, ist vollkommen umsonst gewesen, wenn Sie nicht in Bezug auf politische Forderungen hier einen entschiedenen liberalen Standpunkt vertreten. Nur eine Frage will ich herausgreifen, die Frage der Reform der Gemeinde- und Kreisordnung. Wenn Sie (zu den Liberalen) da nicht einlenken, wenn Sie da wieder dem Zentrum den Vortritt lassen, dann können Sie sich begraben lassen. (Lachen im Zentrum.) Sie müssen sich eben auf dem Standpunkt stellen, daß Sie in Deutschland heute wie ein Volk zu regieren haben, das das Zentrum nicht mit jedem Tage größer wird, dessen politischer und moralischer Intellekt im Wachsen begriffen ist, und dieses verlangt die Rechte, die es braucht, um Einfluss in Staat, Stadt und Gemeinde auszuüben, und wenn Sie ihm diese Rechte verweigern, dann muß eben das Proletariat ebenso entschieden den Kampf gegen Sie führen, wie es anderen reaktionären Elementen die Spitze bietet. Den Vorteil in diesem Kampfe hat aber die Reaktion, und die Folge davon wird sein, daß der Liberalismus zu Grunde geht. Wenn Sie nicht rechtzeitig einlenken, so werden Sie auch den Einfluss noch verlieren, den Sie jetzt in den Städten noch haben. Der Einwand, daß man dieses Experiment mit den Vertretern der Sozialdemokratie in der Gemeinde nicht machen könne, weil wir einseitige Klassenpolitik betreiben, ist vollständig hinfällig. Von Ihrer (zu den Liberalen) Seite ist schon mehr als einmal betont worden, daß gerade wir in der Gemeinde in allen, ob es Wirtschaftsfragen oder rein kulturelle Fragen sind, die zuverlässigsten Vertreter sind. Wir haben noch niemals einen Widerstand geleistet, wenn es sich um Fragen des Fortschrittes gehandelt hat, im Gegenteil.

### Das Zentrum.

Meine Herren! Ich komme nun zum Zentrum. (Zurück.) Ja, jetzt kommt die Spezialbehandlung. (Heiterkeit.) Die Gefahr des Zentrums, von der so viel die Rede war, ist ganz zweifellos vorhanden, aber sie liegt nicht auf jenen Gebieten, wo sie die sogenannte anti-ultramontane Vereinigung sucht. Der Herr Abgeordnete hat uns gestern eine Menge von Zitate vorgelesen, aus welchen er beweisen wollte, daß das Zentrum keine mittelalterlichen Zustände herbeiführen will. Ich halte den politisch für einfindig, der daran glaubt, daß das Zentrum das will. Das wollen die Herren vom Zentrum ja schon deshalb nicht, weil sie es nicht können. (Heiterkeit.) Aber etwas anderes ist es, wenn der Herr Abgeordnete damit den Beweis erbringen wollte, daß das Zentrum eine moderne Partei ist, damit kann er gar nichts beweisen. Die Gefahr, die Sie verpötern, liegt nicht etwa in der Herbeiführung mittelalterlicher Zustände, sie liegt negativ darin, was Sie an Entwicklung zu verhindern beabsichtigen und bei Ihrem heutigen Einfluß auch verhindern. Das ist das gefährliche, und dieser Einfluß muß in Deutschland gebrochen werden. Aus dieser Situation muß der Liberalismus die Konsequenzen ziehen, er muß dem Zentrum mitvoll und unerhördet entgegenstellen; wenn er das nicht tut, dann ist er verloren. Wir haben keinen Schaden davon. Der Schaden trifft nur den Liberalismus selbst, wir können dabei am besten weg, denn alle ehelich liberalen Elemente werden sich dann der Sozialdemokratie zuwenden. Glauben Sie denn (zu den Liberalen), das deutsche Volk läßt sich auf die Dauer eine Wirtschaftspolitik aufdrängen, wie sie jetzt aus von Ihnen befolgt wird? Das Volk läßt sich auf die Dauer nicht in der Weise drangsalieren, wie das heute seitens der Agrarier geschieht. Das ist ganz unmöglich, schon deshalb, weil wir

uns in einer Vorwärtswirkung zum Industrieamt befinden, und weil es dagegen kein Rezept gibt. Deutschland kann bei dieser Politik nicht bleiben, und je länger der Liberalismus nach der Richtung hin Konzeptionen macht, desto weniger werden wir im Stande sein, die Politik zu befolgen, die notwendigerweise befolgt werden muß. (Sehr richtig.)

Die Herren vom Zentrum gehen hier sehr viel mit ihrer christlichen Weltanschauung haften. Alle Augenblicke hört man, „wir stehen auf dem Boden der christlichen Weltanschauung, wir verlangen, daß die Politik auf dieser christlichen Weltanschauung basiere“. Ja, was heißt denn das eigentlich? Darunter kann man sehr viel und noch einiges andere verstehen. Sie (zum Zentrum) haben eine christliche Weltanschauung, die Leute vom evangelischen Bunde haben eine christliche Weltanschauung, sogar die Kulturkämpfer haben eine. Es handelt sich darum, welche Weltanschauung soll denn nun eigentlich maßgebend und die richtige sein? Sie meinen wahrscheinlich, Ihre Weltanschauung, wir sind natürlich anderer Meinung und insoweit kann die christliche Weltanschauung für die Politik nicht maßgebend sein. Ihre Weltanschauung darf keine ausschlaggebende Rolle spielen, weil sie im Widerspruch steht mit den Grundgesetzen unseres Staates. Wir haben garantiert die Glaubens- und Gewissensfreiheit, und kein Staatsbürger darf nach der Verfassung wegen seines Glaubens, wegen seiner religiösen oder wegen seiner politischen Überzeugung irgendwie benachteiligt werden. Ihr Standpunkt, den Sie hier vertreten, der steht in direktem Widerspruch mit diesen Grundgesetzen des heutigen Staates, und deshalb kann und wird er niemals durchgeführt werden.

Das Zentrum hat überhaupt eine sehr dehnbare christliche Weltanschauung. Mit der christlichen Weltanschauung des Zentrums kann man sich allem und jedem anpassen. Diese christliche Weltanschauung erlaubt es, die Republik und die Monarchie, den Absolutismus sowie den Parlamentarismus für eine göttliche Einrichtung zu erklären, und ich habe die Überzeugung, wenn einmal der sozialistische Staat sich etabliert haben wird und die Herren nicht anders können, als sich einzufügen, dann werden sie auch die sozialistische Gesellschaft für eine göttliche Ordnung erklären. (Heiterkeit.) Und sagen: Das hat Ihr uns zu verstanden, das ist der Sieg des Evangeliums. (Heiterkeit.) Das Zentrum bringt es mit seiner christlichen Weltanschauung fertig, für alle möglichen Wählrechte einzutreten, bei uns in Baden sind alle den dort des allgemeinen gleichen direkten Wahlrechts aufzuspielen, drüben in Württemberg alle möglichen Mittel in Anwendung zu bringen, um die Einführung des direkten Wahlrechts zu hintertreiben, in Preußen nicht einen Finger zu rühren, um dort das allgemeine gleiche direkte Wahlrecht einzuführen; (Sehr richtig.) bei den Sozialdemokraten und dabei sind die Herren doch alle in einer Partei und haben angeblich dieselben Prinzipien.

Und so wie in Bezug auf das Wahlrecht, ist es auch in Bezug auf die Schule. Sie sind ja sehr schlau, das muß man ja sagen. (Heiterkeit.) Aber doch nicht so schlau, daß wir darauf hereinfallen. (Heiterkeit.) Die Rechenungen, die Sie hier machen in Bezug auf die Simultanschule, können uns nicht etwa dazu verleiten, zu glauben, daß Sie auch dann die Simultanschule hochhalten würden, wenn Sie einmal die Mehrheit haben. Heute ist es sehr opportunistisch, von Ihrem Standpunkt aus zu erklären: Wir sind mit dem bestehenden Zustand einverstanden. Der „Waldmännchen“ ist zwar anderer Ansicht, aber der wurde ja abgestuft. (Heiterkeit.) Auf dem Katholikentage hört man eine andere Melodie. Da war es Herr Schäbler, der erklärt hat: „Das Kind zurück zur Mutter, die Schule zur Kirche!“ Und eine Resolution in Bezug auf die Schulfrage ist angenommen, die unter anderem lautet: „Der Forderung der Simultanschule ist überall entgegen und mit aller Entschiedenheit für die Erhaltung bzw. Einführung der konfessionellen Volksschule und konfessionellen Lehrerzubereitung einzutreten.“ Und für diese Resolution haben auch die badi-schen Zentrumsmänner gestimmt, die auf dem Katholikentage waren. Da müssen wir Sie doch fragen: Welches sind denn die eigentlichen wahren Zentrumsprinzipien. Die Sie hier in der Kammer vertreten, solange Sie in der Minderheit sind, aber die überall da vertreten werden, wo Sie keine Minderheit zu nehmen brauchen auf die Mehrheit, wie Sie hier haben? Ich habe die umgehängliche Meinung, daß die wahren Prinzipien auf dem Katholikentage vertreten worden sind. (Sehr richtig.)

Auch in Karlsruhe hat der Herr Abgeordnete in einer Rede den Standpunkt vertreten, daß die Zentrumspartei unter allen Umständen darauf hinarbeiten müsse, auf allen Gebieten den Einfluss der Kirche zurückzuführen, auch auf dem Gebiete der Schule. Als ich am anderen Tage den Artikel im Beobachter gelesen habe, da habe ich — ich habe das extra aufheben wollen — diese Stelle in der Rede nicht gefunden. Ich habe den Beobachter im Volksfreund geschlagen. Darauf erklärte der Beobachter, das sei aus technischen Gründen herausgefallen. (Heiterkeit bei den Liberalen und Sozialdemokraten.) Zu was doch die Technik heutzutage nicht alles gut ist. (Heiterkeit.)

Die Herren vom Zentrum gehen sogar so weit, daß sie ihre eigene Reichstagsfraktion verleugnen. Als der Herr Kollege Ruser vor ein paar Tagen das Zentrum auf den Paragrafen hinwies, den es seinerzeit im Reichstag ergraben hat, wonach jeder ein Gefängnis geworfen werden sollte, der die Gottheit leugnet, da erklärte der Herr Kollege Jentner: Das haben wir nicht gemacht, und der Herr Kollege Jentner erklärte: Ja, damit waren wir nicht einverstanden. Ja, was soll denn das eigentlich heißen? Hier natürlich machen Sie solche Geschichten nicht. Sie wissen ganz genau warum.

Dem modernisierten Zentrum, wie es hier vertreten ist, dem ist noch viel weniger zu trauen, wie dem Zentrum, das ein offenes Gesicht hat. Sie sagen: wir werden die Schulfrage nicht anfechten, das ist Sache der Autoritäten. Jawohl, wenn Sie aber einen Hehl haben als die Hälfte, dann wechseln die Autoritäten, und da wird man bei der Autorität in Freiburg die Schule aufrollen, und Sie werden dann keinen Widerstand ent-

gegensehen, sondern gehorsam Folge leisten. (Sehr richtig.) Wir wissen ganz genau, daß Sie in dem Augenblick, wo Ihr Einfluss ausreichen würde, eine wachsende Zentrumspolitik befolgen und Ihren Einfluss auf die Regierung ausüben würden, und das werden wir unter allen Umständen zu verhindern suchen.

Und nun kurz unsere Stellung zur Regierung. Diese Stellung ist ja ganz klar. Wir brauchen uns gegenseitig nichts vorzumachen. Wir kennen uns (Heiterkeit). Wir bringen der Regierung kein Vertrauen entgegen und die Regierung uns auch nicht. (Heiterkeit.) Also in der Beziehung können man sich eigentlich sehr kurz fassen. Daß wir als Bürger zweiter Klasse behandelt werden, das wissen wir nicht erst seit heute. Daß die Regierung in dieser Beziehung gar nicht auf die Verfassung Rücksicht nimmt, ist für uns nichts neues. Aber wir protestieren dagegen, daß wir als Bürger zweiter Klasse behandelt werden. Wir sind nach der Verfassung mit allen anderen Staatsbürgern gleichberechtigt und haben genau das Recht, wie jeder andere Staatsbürger, unsere politischen Prinzipien zu vertreten. Sie können erst dann einschreiten, wenn wir mit dem Gesetz in Konflikt kommen, und Sie haben es noch nie verübt, im gegebenen Falle es auch zu tun.

Der Herr Minister hat u. a., als hier erwähnt wurde, daß im Oberland ein Sozialdemokrat mit einem Oberamtmanne gemeinsam Wahlagitator gemacht habe, erklärt: „Ja, das kann nicht ganz zutreffend sein; es ist ja möglich, daß der Sozialdemokrat zufällig in der Versammlung anwesend war und auch gesprochen hat, nachdem der Oberamtmanne gesprochen hatte; aber daß sie gemeinsam die Rede gemacht haben, das ist vollständig unmöglich, denn das habe ich nicht.“ Ja, Herr Minister, wenn ein Nationalliberaler und ein Demokrat und schließlich auch ein Zentrumsmann mit einem Oberamtmanne reisen dürfen, ohne daß der Oberamtmanne in seinem Ansehen zu Schaden kommt, dann darf es doch unter Umständen auch ein Sozialdemokrat. Ich sage das nicht etwa deshalb, weil es uns angenehm wäre, wenn unsere Genossen mit den Oberamtmanne Agitation machen würden. Im Gegenteil, wir sehen das mit großem Interesse. Aber hier handelt es sich um den Rechtsstandpunkt, und der hat der Herr Minister hier nach meinem Dafürhalten mit seiner Bemerkung verfehlt.

Der Herr Minister hat weiter erklärt, daß er auch nur unsere Versammlungen übersehen läßt und andere nicht, also auch damit beweisen, daß wir so quasi unter einem direkten Ausnahmegefes stehen. Die Versammlungsoberwachung schadet uns ja nichts, im Gegenteil, wir haben schon manchen Anhänger dabei gewonnen. Unter Ihren Beamten und Schulleuten sind nicht wenige Anhänger der Sozialdemokratie. Also wenn bloß das in Betracht käme, hätten wir gar nichts gegen die Überwachung. Aber es kommt eben zweierlei Maß dabei zum Ausdruck. Warum gerade uns übersehen? Machen denn wir irgend etwas in unseren Versammlungen, was den Gesetzen zuwiderläuft? Die meisten Aufstellungen, die vorkommen, sind gewöhnlich in gar keiner Weise begründet, und ein anderes ist in den Versammlungen noch nicht vorgekommen, was dem Herrn Minister Veranlassung geben könnte, uns unter ein besonderes Gefes zu stellen. Und wenn er das schon tun will, dann soll er doch wenigstens Leute schicken, die einigermaßen Urteile haben und eine selbständige Meinung, und nicht so einen jungen Referendar, der kaum aus der Univer-sität herausgekommen ist. Da ist es mal passiert, daß in Durlach ein solcher Mann die Versammlung aufgelöst hat, und als man ihn fragte, auf Grund welches Paragrafen? erwiderte er: das weiß ich im Augenblick nicht. (Heiterkeit.) Es liegt gar kein Anlaß vor, uns in der Weise zu behandeln. Als wir neulich in Karlsruhe eine Versammlung gegen die Wörtwortlage hielten, wurde ein Polizeiaufgebot von 40 Mann in verschiedenen Teilen der Stadt postiert. Was soll das bedeuten? Herr Minister, hatten Sie uns für so dumm, daß wir Revolution machen am hellen lichten Sonntagmorgen? (Heiterkeit.) Wenn wir eine Demonstration hätten veranstalten wollen, ich versichere Sie, Herr Minister, daß es zu keinen Unfreiheiten gekommen wäre; die drei Dutzend Polizeibeamten hätten uns nicht genier, sie hätten vielleicht mit uns die Ordnung aufrecht erhalten und dagegen demonstriert, daß sie am Sonntag ihre freie Zeit offen müssen. So belämpfen Sie nicht die Sozialdemokratie, sondern sie erreichen das direkte Gegenteil!

Der Herr Minister hat sich sehr abfällig über den Ton der sozialdemokratischen Presse geäußert. Die sozialdemokratische Presse wird nicht für Gemeinräte erster, zweiter und dritter Güte geschrieben, sondern für die breite Masse des Volkes, wo die Sprache und die Worte nicht dazu dienen, um dahinter die Gedanken zu verbergen. Die sozialdemokratische Presse schreibt immer so deutlich, damit sie von jedermann verstanden wird. Wenn man in die Karlsruher Zeitung schreibt, ist es umgekehrt; man ergibt sich da in solchen Wortredungen, daß man von der ganzen Welt mißverstanden wird. (Heiterkeit.) Wir haben den Vorzug, daß man uns versteht, und wenn die sozialdemokratische Presse etwas gegen die Minister schreibt, dann wird sie ganz besonders deutlich; das geschieht, damit die Herren uns nicht mißverstehen. Wir werden uns vom Regierungston keine Vorschriften machen lassen, in welchem Ton wir zu schreiben haben. Ich halte den freien offenen Ton der sozialdemokratischen Presse, auch wenn die Worte manchmal nicht gut ausgedrückt sind, für besser als die Heuchelei in der offiziellen Presse. (Sehr richtig.)

Der Herr Minister hat behauptet, unsere Partei sei eine Klassenpartei. Sie sind eine Klassenregierung und da sitzen auch Klassenparteien hüten und drüben. Der Unterschied besteht nur darin, daß wir die Klasse vertreten, die die große Mehrheit des Volkes bildet, und bislang noch niemals zu ihrem Rechte gekommen ist, weil die herrschenden Klassen die Gesetzgebung immer zu ihrem Vorteil benutzt haben. Wir haben nicht bestritten, daß wir in erster Linie die Vertreter der minderbemittelten Volksschichten sind, des Proletariats. Wir haben kein Hehl daraus gemacht und sind damit offener und ehrlicher als andere Parteien.

Dah wir den gewaltsamen Umsturz herbeiführen wollen, ist eine so blühende Freiheit, daß man nicht weiß, ob man darauf etwas antworten soll. Der Herr Minister wird nicht ernsthaft glauben, daß bei uns jemand auf den Gedanken gekommen ist, die Gesellschaft gewaltsam umzuwälzen. Dagegen spricht unsere wissenschaftliche Lehre von der materialistischen Gesellschaftsaufstellung, die uns zeigt, daß man eine Gesellschaftsordnung nicht willkürlich umstürzen kann, sondern daß eine Gesellschaftsordnung nach ganz bestimmten Gesetzen sich ändert, die in der ökonomischen Struktur der Gesellschaft ihre Wurzeln haben. Wir sind niemals auf dem Standpunkt gefanden, daß wir einen gewaltsamen Umsturz machen wollten. Die unteren Schichten haben noch nie Revolutionen gemacht, sondern die Revolutionen wurden immer von oben herunter gemacht. Daran, daß jetzt in Rußland solche Zustände herrschen, ist nicht das russische Volk schuld, sondern die bisherigen Mächte, die nicht rechtzeitig eingegriffen haben, und wenn es in Preußen zu solchen Zusammenstößen kommt, ist nicht das Proletariat schuld, denn man ein vernünftiges Wahlrecht nicht gewährt, sondern die Regierung, die das Volk verhöhnt und die berechtigten Forderungen des Volkes nicht erfüllt. Was wir in Bayern und Baden haben und in Württemberg bekommen, dafür ist das preussische Volk noch allemal reif und wenn die preussische Regierung das nicht einseht, und das Volk sieht, daß es schließlich gar nicht anders geht, als seinen Willen etwas deutlicher zum Ausdruck zu bringen und wenn es dann zu unlieblichen Dingen kommen sollte, kann man nicht sagen, daß die Sache der Sozialdemokratie daran schuld ist. Wir sind beglückter wie der heutige Massenstaat; wir betonen bei jeder Gelegenheit, daß wir auf dem Boden des Gesetzes stehen und weitere Gesetze verlangen, die eine gesetzliche Entwicklung garantieren. Wenn aber der Staat eine weitere gesetzliche Entwicklung, die den Fortschritt ermöglicht, unmöglich macht, wie es heute in Preußen der Fall ist, und es kommt zu Zusammenstößen, sind wir nicht schuld daran. Wir drohen nicht mit geschlossenen Säbeln und mit geladenen Kanonen. Das ist die heutige Gesellschaft, die jetzt mit ihrer Gesetzlosigkeit so sehr sich brüsst. (Zurufe.) Obwohl es wird sogar befohlen, auf Vater und Mutter zu schießen. Ich meine, man sollte es unterlassen, uns auf solche Weise zu drohen. Wir haben jederzeit auf dem Standpunkt gestanden, daß man auf geschlossenen Bege das Ziel erreichen muß, und wir sind klar darüber, daß das Ziel nicht zu einem willkürlichen Zeitpunkt erreicht werden kann, sondern daß das sozialistische Endziel nur möglich ist, wenn die ökonomischen Vorbedingungen dazu vorhanden sind. Was wir in unserem praktischen Programm verlangen, könnte jeder liberale Mann unterschreiben. Was wir an politischen Rechten fordern, ist in der Schweiz zum Teil durchgeführt, ohne daß dadurch der heutige Staat über den Haufen geworfen wurde, in sozialer Beziehung allerdings noch nicht, weil noch heute der Kapitalismus herrscht. Gegen die sozialdemokratische Theorie können Sie nicht mit Kanonen und Gewehren kämpfen, die wird weitere Kreise ziehen, weil ihre Wurzeln in der heutigen ökonomischen Struktur der Gesellschaft liegen. Der Minister sollte es in Zukunft unterlassen, solche Reden gegen die Sozialdemokratie zu halten, sie nützen ihm wenigstens nicht, uns schaden sie nicht.

Der Minister hat uns weiter den Vorwurf gemacht, wir seien antinational, und das damit begründet, daß wir die Ausgaben für Heer und Marine nicht bewilligt haben; man sagt, wir würden das Vaterland wehrlos machen. Ich verweise auf unser Programm: Wir haben in unserem Programm die Forderung der Wehrermäßigung des ganzen Volkes. Jeder, der auch nur

irgendwie tauglich ist, soll zur Wehrhaftigkeit erzogen werden, und damit soll nicht erst im 20. Jahre begonnen werden, sondern schon in der Schule durch eine entsprechende Jugendzucht. Wie können Sie uns das den Vorwurf machen, wir wollten das Vaterland in Stücke lassen, wir hätten keine nationale Gefinnung? Freilich, hurra schreien wir nicht und bewilligen auch keine Militärvorlagen, weil wir das System verurteilen, auf dem heute die Vaterlandsverteidigung aufgebaut ist. Und wir haben Gründe genug dazu. Die Unzufriedenheit mit diesem System ist weit in die Kreise der bürgerlichen Parteien hineingewachsen, man hat nur nicht den Mut und traut sich nicht die Kraft, an diesem System das zu ändern, was geändert werden müßte. Was die patriotische Gefinnung betrifft, so muß ich den Vorwurf, daß wir nicht patriotisch seien, mit aller Entschiedenheit und Entzückung zurückweisen. Wir nehmen für uns in Anspruch, daß wir alle mindestens ebenso patriotisch sind, wie die Herren Minister und diejenigen, die uns diesen Vorwurf machen. Wir sind allerdings in anderer Weise patriotisch und national gefinnt als Sie. Wenn wir fordern, daß die Masse des Volkes sozial und kulturell auf eine höhere Stufe gestellt wird, wenn wir alle unsere Kräfte in den Dienst solcher Bestrebungen stellen, wenn wir sogar in das Gefängnis gehen, wenn wir jedes Opfer bringen, dann sagen Sie einmal, wir seien nicht national und patriotisch. Derartige Opfer bringt man doch nicht zum Vergnügen.

Wenn der Herr Minister dann weiter von einem Terrorismus gesprochen hat, von einem Streikterrorismus, so hat er auch da zweifellos übertrieben. Gewiß wird hier und da Streikterrorismus ausgeübt. Aber wo kommen keine Fehler vor! Sogar den Herren Ministern passiert es hin und wieder, daß sie sich verheuen. Wenn irgend ein derartiger Fall vorkommt, dann wird er natürlich aufgebauscht und ein „System“ daraus gemacht. Ich meine, wenn man die große Zahl derjenigen, die alljährlich im Streik sich befinden, vergleicht mit der Zahl derjenigen, die bestraft worden sind, so liegt keine Ursache vor, hier eine besondere Entzückung zu zeigen. Wenn man weiß, wie diese Leute kämpfen müssen, wie die Erbitterung manchmal durch die Arbeitgeber auf das äußerste gesteigert wird — ich erinnere Sie an den Kohlenarbeiterstreik — und wenn da hin und wieder ein Fall zu verzeichnen ist, wo einer sich gegen die bestehenden Gesetze vergränt hat, dann wird ein großes Lamento angeschlagen und der Arbeiter kommt gleich ins Gefängnis, wo man im gleichen Fall den Arbeitgeber vielfach noch nicht einmal anzeigen oder im schlimmsten Fall mit ein paar Mark Geldstrafe abkommen läßt. Liebertreiben Sie also die Dinge nicht! Die Arbeitgeber üben einen viel größeren Terrorismus aus, aber ich habe noch niemals gehört, daß konstituiert der Ministerpräsident dagegen Einspruch erhoben wurde, oder daß man in der Weise davon gesprochen hätte, wie es hier der Fall war.

Der Herr Minister hat uns dann zugemutet, wir sollten hinherschauen und in das Hoch auf den Großherzog einstimmen. Ich weiß nicht, was der Großherzog sagen würde, wenn er das hören würde. Ich bin der Meinung, der Großherzog wird die Ansicht teilen, daß man seinem Menschen zumuten soll, ein Gewehr zu begehren. Was hätte das für einen Wert, wenn wir hier hoch rufen würden und mit unserer inneren Überzeugung nicht dabei wären? Würde der Herr Minister hoch rufen in einer Versammlung, wo man die Sozialdemokratie hochleben läßt? Wir würden ihm das nicht zumuten. Kraken Sie also auch nicht zu, etwas zu tun, was mit unserer inneren Überzeugung nicht in Einklang zu bringen ist.

aller Hochachtung, die man dem oder jenem entgegenbringen kann, darf man doch nie verlangen, daß man etwas tut, was gegen die einfachsten Gebote der Sittlichkeit wäre.

Dann hat der Herr Minister zum Schluß von den Streikdemonstrationen gesprochen, und hat gemeint, dagegen müßte entschieden eingeschritten werden, eine solche Unordnung dürste man nicht dulden. Nun, in allen Ländern Europas ist das Recht dem Volke zugestanden, in bestimmten Situationen durch Demonstrationen auf der Straße seine Meinung Ausdruck zu verleihen. Wir haben ja hier in Deutschland auch Anlässe, wo das geschieht.

Wenn man dem Landesherren z. B. seine Huldigung ausdrücken will, dann macht man auch Demonstrationen, weil man weiß, daß dabei das, was man will, sofort lebhaft zum Ausdruck kommt. Ja, warum soll das bei uns in bezug auf politische Angelegenheiten in Deutschland nicht der Fall sein dürfen? Trauen Sie dem deutschen Volke nicht soviel Disziplin zu, daß es in seinem eigenen Interesse die Ordnung aufrecht erhält? Wir haben in Wien vor einigen Wochen eine Demonstration erlebt und alle Zeitungen, die darüber geschrieben haben — mit Ausnahme der ultranationalen, die machen immer eine Ausnahme — haben ihre volle Hochachtung zum Ausdruck gebracht vor dieser glänzenden Disziplin, die die Wiener Arbeiterkraft bei dieser Demonstration an den Tag gelegt hat, die sie für das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht in der Zahl von 250 000 an einem Tage veranfaßte. Und man hätte es uns in Deutschland wohl gestatten können, auch hier für die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts zu demonstrieren. Die Schärfermacher, die heute nachgehenden Einfluß ausüben, sind die wirklichen Revolutionäre und Umwälzler. Wenn deren Wille zur Geltung käme, dann käme es allerdings zum Umsturz.

Ich bin am Schluß meiner Ausführungen, und ich kann nur sagen, daß wir bereit sind, soweit es in unseren Kräften steht, mitzuarbeiten zum Wohle des bürgerlichen Volkes. Wir werden unsere Anträge einbringen, wo wir es für notwendig halten, und wenn Sie, wie in früheren Jahren, glauben, alle die Anträge, die wir im Interesse der unteren Schichten stellen, ablehnen zu müssen, wenn Sie glauben, uns dadurch Niederlagen bereiten zu können, so kann ich nur erklären, daß wir diesen Niederlagen gegenüber guter Hoffnung sind und die Parole hochhalten werden: Bei Philipp! sehen wir uns wieder! (Lebhafter Beifall.)

### Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

A. Bruchsal, 12. Febr. Gestern dürfte es manden interessanter zu erfahren, für was die Arbeiter der Gewerkschaften Verwendung finden. In einem kleineren Werke wie Bruchsal ist es doppelt notwendig, darüber Aufschluß zu geben. Heute wollen wir einmal zeigen, was die heutigen Gewerkschaften im Jahre 1906 an Unternehmungen ausgegeben haben.

Die Zimmerer, die nur im Winter ihre durchgehenden Kollegen unterstützen, haben im Monat Dezember 20 000 Mk. verausgabt, ihnen folgen die Schneider, die im vergangenen Jahre 10,72 Mk. ausgegeben haben, die Gerber 76 Mk., die Schumacher 122 Mk., die Holzarbeiter 212,98 Mk. und die Metallarbeiter 118 Mk., macht zusammen 881,60 Mk. für nur durchgehende Kollegen. Außerdem haben die Holzarbeiter noch an Nichtunterstützungsberechtigten Kolateralunterstützung von 100 Mk. im Betrag von 51,50 Mk. Die Metallarbeiter haben ausgegeben 52,10 Mk. für Nichtunterstützung und 216 Mk. Mahre, elungunterstützung. Es wurden im ganzen 131,60 Mk. für obige Zwecke verausgabt. Viele haben geben heute des Pennis über das Solidaritätsgehalt der organisierten Arbeiter. Aber weit mehr könnte geliefert werden, wenn auch die übrige Arbeiterkraft von den Christlichen Hilfs- und Transportarbeiter-Verband einbezogen war. Das Verfallungslokal war überfüllt, aber die Anwesenden gehörten zum großen Teil den freien Gewerkschaften der Maurer, Metallarbeiter usw. an. Herr Danner aus Mannheim, der Referent, erwiderte sich seiner Aufgabe in einer Weise, die die Freude der Münchener-Gladbacher Jünglingsanstalt erkennen ließ. Nach halbseitiger Ausführung über Nutzen und Zweck der Organisation forderte er schließlich zum Schluß an die Organisation auf: „Berühmt hat er nicht, auch etwas von der angeblichen Vererbung der Jugend zu erzählen, um daran eine indirekte Empfehlung der christlichen Organisationen anzuknüpfen zu können. Auch der Wille an die Staatshilfe fehlte nicht in dem Referat, vor allem aber die Bewegung des Klassenkampfes-Standpunkte.“

werden, wenn auch die übrige Arbeiterkraft von den Christlichen Hilfs- und Transportarbeiter-Verband einbezogen war. Das Verfallungslokal war überfüllt, aber die Anwesenden gehörten zum großen Teil den freien Gewerkschaften der Maurer, Metallarbeiter usw. an. Herr Danner aus Mannheim, der Referent, erwiderte sich seiner Aufgabe in einer Weise, die die Freude der Münchener-Gladbacher Jünglingsanstalt erkennen ließ. Nach halbseitiger Ausführung über Nutzen und Zweck der Organisation forderte er schließlich zum Schluß an die Organisation auf: „Berühmt hat er nicht, auch etwas von der angeblichen Vererbung der Jugend zu erzählen, um daran eine indirekte Empfehlung der christlichen Organisationen anzuknüpfen zu können. Auch der Wille an die Staatshilfe fehlte nicht in dem Referat, vor allem aber die Bewegung des Klassenkampfes-Standpunkte.“

### Verfallungsberichte.

Gewerkschaften.  
W.K. Wörz a. Rh., 12. Febr. Am Sonntag den 4. Februar fand eine Verfallung statt, die von Christlichen Hilfs- und Transportarbeiter-Verband einbezogen war. Das Verfallungslokal war überfüllt, aber die Anwesenden gehörten zum großen Teil den freien Gewerkschaften der Maurer, Metallarbeiter usw. an. Herr Danner aus Mannheim, der Referent, erwiderte sich seiner Aufgabe in einer Weise, die die Freude der Münchener-Gladbacher Jünglingsanstalt erkennen ließ. Nach halbseitiger Ausführung über Nutzen und Zweck der Organisation forderte er schließlich zum Schluß an die Organisation auf: „Berühmt hat er nicht, auch etwas von der angeblichen Vererbung der Jugend zu erzählen, um daran eine indirekte Empfehlung der christlichen Organisationen anzuknüpfen zu können. Auch der Wille an die Staatshilfe fehlte nicht in dem Referat, vor allem aber die Bewegung des Klassenkampfes-Standpunkte.“

An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen L. Müder und W. Koch. Metallarbeiter von Karlsruhe. Kollege Müder erwiderte in großen Zügen die geistliche Entwicklung der freien Gewerkschaften und gab eine eingehende Skizze der Arbeiterbewegung unter besonderer Berücksichtigung der Münchener-Organisationen. Dagegen sei auf das dringlichste der enge Zusammenhang der Arbeiter zu empfehlen. Und das ist nicht zu verstehen, was die Organisation mit der Religion zu tun habe. Die Arbeiter haben doch nur eine Organisation. Sie sind nicht in konfessionellen Organisationen gefaßt, das hätte ihre Macht. In die Organisationsfähigkeit der Arbeiter treibe man aber gerade von christlicher Seite keine und daran liege es gerade, daß mancher Streit verloren gehe, der gewonnen werden könnte. Bei der heutigen Lage müsse der Arbeiter darauf ausgehen, seine Arbeitskraft, die gewissermaßen das Kapital der Arbeiter ist, so gut wie möglich zu verwerten, da ja die Großindustriellen auch darauf bedacht sind, aus ihrem Kapital möglichst hohe Dividenden aus Kosten der Arbeiter herauszuschleppen. Er forderte die Anwesenden auf, sich, soweit das noch nicht geschehen, den freien Gewerkschaften anzuschließen. Kollege Koch kritisierte die Sozialpolitik, die den deutschen Arbeiter immer vorgehalten wird. Was allem solle der Maximalarbeitslohn von 8 Stunden festgelegt und für die Abschaffung der Hungerlöhne gelangt werden, dann könne man sich damit der Vererbung begeben. Des weiteren möge man solche Männer ins Parlament schicken, die für die Hebung der Volkswirtschaft auch er könne nur den besten Rat geben, die Organisationen einzuweisen, die in neutralen Standpunkten stehen. Die Ausführenden des Reichs-Verfallungsverbandes wurden mit langanhaltendem Beifall begrüßt.

Hierauf erwiderte Herr Danner, daß auch die Organisation bestehen müsse, in der ein Arbeiter für seine Zugehörigkeit zur christlichen Religion nicht zu scheitern brauche. Auch die freien Organisationen seien nicht die Ärtlichen, sondern die Christ-Undertunden, und wenn die freien Gewerkschaften eine Einigung wollten, sollten sie sich den Ärtlichen anschließen. (Allgemeine Beifall.) Kollege Müder war es ein letztes, den guten Mann nochmals gründlich abzufragen. Wem ist es noch, daß der Leiter der Verfallung der 1. Vorstand im christlichen Arbeiterverein ist, dem letzten Wortsprechung zum Streik er geworden war, nachdem er 13 Wochen lang die Unterfertigung von den freien bezogen und in jeder Verfallung mit voller Entzückung erklärt hatte, ein Streik breche bei ein zum. Wenn es ein Beweis, was für Männer in den Reihen der Christlichen Klug haben.

### Bekanntmachung.

Nr. 1000. Die Herren Mitglieder des Bürgerausschusses werden hiermit zu einer öffentlichen Versammlung auf **Montag, den 19. Februar ds. Js., nachmittags 3 1/2 Uhr** in den großen Rathsaal ergebenst eingeladen.

- Tagesordnung:**
1. Verleihung von Plänen und Kostenanschlägen für den Bau einer neuen Strecke der städtischen Straßenbahn.
  2. Anstellung von 10 neuen Anhängen für die städtische Straßenbahn. Abänderung der Freisprechungen an den vorhandenen Anhängen, Herstellung eines neuen Anhängenleistes.
  3. Ortstakt über die örtlichen Inventarbeschwerden.
  4. Erklärung eines Urteils über den Reind der Gewerbejuden.
  5. Nachtrag zu den Sitzungen der Gewerbejuden.
  6. Heberhebung des Landgrabens an der Durlacher Allee längs des zukünftigen neuen Wehlofes.
  7. Verkauf von Gelände an der Weierheimer Allee an den katholischen Oberkirchenrat.
  8. Verkauf von Gelände an der Söfenstraße an die Aktiengesellschaft Unionbrauerei und Andere.
  9. Herleitung von Straßen der Söfenstraße und der Welschenstraße.
  10. Herleitung von Straßen der Roonstraße und der Brauerstraße.
  11. Herleitung von Straßen der Gabelbergerstraße, der Wladstraße und der Drolstraße.
- Vor der Sitzung — von 8 bis 3 1/2 Uhr — findet die Wahl eines Stellvertreters für den mit Tod abgesehenen Stadtratsmitglied, Herrn Privatmann Christl Ulrich, statt.  
Karlsruhe den 8. Februar 1906.  
Der Oberbürgermeister: **Schneppler.** Ladger.

### Bekanntmachung.

Für die notleidenden Deutschen in Rußland sind an Beiträgen eingegangen:

Bei Herrn Kunstmaler Professor Schöneker, Direktor der Akademie der bildenden Künste; von Frau Professor Balch 10 Mk.; bei Herrn Professor Dr. Goldschmidt, Chairman des geschäftlichen Vorstandes der Stadtratsmitglieder von ihm selbst 5 Mk.; bei Herrn Dr. H. in S. 3 Mk.; Herrn Professor Dr. August Marx 10 Mk.; bei Herrn Kaufherr Hecht, Stadtratsmitglied der Ortsgruppe Karlsruhe des Alldeutschen Verbands; von ihm selbst 10 Mk.; Herrn Dr. Schaidow 5 Mk.; Herrn Georg Streifus 2 Mk.; Herrn Stadtrats Dr. Sternberg 10 Mk.; von der Durlacher Aktiengesellschaft 7 Mk.; W. R. 2 Mk.; Herrn Dr. Otto Ammon 20 Mk.; Herrn Sekretär Müller 3 Mk.; W. R. 5 Mk.; Herrn Landgerichtsrat Freiberger Wäber von Diersburg 10 Mk.; Herrn Geistl. Beamter Freimeth 3 Mk.; Herrn August Glatz 3 Mk.; Herrn Kaufmann, Breiten 5 Mk.; vom Deutschen-Österreichischen Handlungsgehilfenverband, Ergebnis einer Teilerhebung 16 Mk. 20 Pf.; bei Herrn Staatsminister Dr. Freiherrn von Busch, Präsidenten des Großh. Staatsministeriums und Minister der Justiz, des Kultus und Unterrichts, Exzellenz; von Herrn Ministerdirektor Dr. Hübsch 10 Mk.; Herrn Geheimrat Bedeker 10 Mk.; Herrn Oberstaatsanwalt Geiler 5 Mk.; Herrn Geheimen Oberregierungsrat Dr. Böhm 5 Mk.; Herrn Ministerialrat Dr. Reichardt 5 Mk.; Herrn Ministerialrat Dr. Stoll 5 Mk.; bei Herrn Dr. Nicolai, Präsidenten der Generalkonferenz der Großh. Württemberg; von ihm selbst 20 Mk.; Ungenannt 10 Mk.; Herrn Oberförsternmann Freidherrn v. Selened 50 Mk.; Herrn Minister a. D. Dr. Eilenlar, Exzellenz 20 Mk.; bei Herrn Freiherrn v. Neubronn, Präsidenten des Großh. Oberlandesgerichts, Exzellenz; von ihm selbst 20 Mk.; Frau v. Marbach geb. Westphal 10 Mk.; Frau Hofrat Wlot 10 Mk.; Frau v. Müller 10 Mk.; bei Herrn Geheimen Kommerzienrat Koele, Präsidenten der Handelskammer, Oberbürgermeister Schmeißer; von der Firma Gelsam, Knopf 100 Mk.; bei Herrn Bankier und Stadtrat Domburger (Bankhaus Witt & Domburger); von Herrn Dr. Friedrich Eitinger 20 Mk.; J. P. 3 Mk.; Herrn Geheimen Regierungsrat Dr. David Mayer 20 Mk.; Herrn Leopold Eitlinger 30 Mk.; Frau C. Gortner 10 Mk.; Str. 10 Mk.; Herrn Geheimen Rat und Präsidenten Dr. Wieland, Exzellenz; von Herrn Kervenzart Dr. Reumann 20 Mk.; Frau Dr. Karlheim Witwe 20 Mk.; Fräulein Maria Regensburger 10 Mk.; bei Herrn Großh. Vantat a. D. und Stadtrat Williard; von Herrn Kaufmann Köhler sen. 20 Mk.; bei Herrn Stadtpfarrer Bodenstein; von L. P. 1.50 Mk.; bei Herrn Geh. Rat Freiherrn Dr. von Babo, Vorstand des Großh. Geheimen Kabinetts; von Ungenannt 5 Mk.; hierzu bereits veröffentlicht 4 098,90 Mk., im ganzen sonach 4 742,60 Mk. — Wir bitten um weitere Gaben.  
Karlsruhe, den 26. Januar 1906.  
Der Ortsausschuß für die notleidenden Deutschen in Rußland.

**Vor dem Maskenball**  
lassen Sie sich zu den bek. und billigen Preisen  
im fotografischen Atelier  
**Samson & Co. Kaiser-Passage 7**  
fotografieren.  
An nahmen nach 7 Uhr-abends, bitten wir vorher anzumelden.

**Ballgarderoben**  
aller Art, Federnäher, Boas, Tücher, Shwals, Handschuhe etc. reinigt in kürzester Frist bei pünktlichster Behanlung  
Chem. Waschanstalt **M. Weiss.** Blumen Tr. 7, Kaiserstr. 199a und Färberei. Telefon 202.

**Manches Unglück** wird selbst verschuldet, wenn man sich kostbares Leben einem minderwertigen Fahrrad anvertraut.  
Man kaufe daher nur  
**Glückstern-Fahrräder**  
nebst Zubehörsachen  
erstklassig-deutsche Fabrikat in Maxima-waiver Jahrgang-Garantie zu staunend billigen Preisen. Jeder Käufer verleiht rechtzeitige Kassa & **Erstes Bad. Fahrrad-Versandhaus K. JUNGK** KARLSRUHE I. B.

Der beste Erwerb für Haus-dunkle ist hier vielen Vorteilen wegen eine  
**Strickmaschine.**  
Unvergleichliche Leistungsfähigkeit, große Knäuelerparnis, Vermeidung von Füllmasse, große Abwechslung, Strickmaschinen gratis.  
Machinen stets vorrätig am Lager.  
**Schwinn & Ehrfeld,** Karlsruhe, Telefon Nr. 102.  
Kaiserstraße 99  
(früher Kaiserparanum)  
Wiederverkauf der berühmten Strickmaschinenfabrik (Schweiz). Weitverbreitung Paris 1900  
Grand Prix (1889 & 1892) 1. u. 2. Preis.

**D: Thompson's Seifenpulver**  
Marke Schwan  
spart  
Arbeit Zeit Geld.  
Unentgeltliche Rechtsauskunftsstelle für Frauen, Dienstag Abend 7-1/2 Uhr, Kriegstr. 44.

Im Erscheinen befindet sich:  
**Meyers** Sechste, gänzlich neubearbeitete und vermehrte Auflage.  
**Grosses Konversations-Lexikon**  
Ein Nachschlagewerk des allgemeinen Wissens.  
20 Bände in Halbbänden gebunden zu je 10 Mark.  
Prospekte und Probefolien liefert jede Buchhandlung.  
Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien.

**Marmelade:**  
Zweitschgenmus (Lattico) mit Zucker vermischt per Pfd. 0,24 Mk.  
5 Pfd.-Eimer 1,20  
10 Pfd.-Eimer 2,30  
gem. Marmelade per Pfd. 0,30  
5 Pfd.-Eimer 1,40  
10 Pfd.-Eimer 2,35  
Marmelade mit Himbeeren per Pfd. 0,35  
5 Pfd.-Eimer 1,60  
10 Pfd.-Eimer 2,90  
Mirabellen-Marmelade per Pfd. 0,40  
5 Pfd.-Eimer 1,90  
10 Pfd.-Eimer 3,50  
Marmelade mit Erdbeeren per Pfd. 0,40  
5 Pfd.-Eimer 2,00  
10 Pfd.-Eimer 3,50  
Ameisen-Apfelstrahl per Pfd. 0,50  
10 Pfd.-Eimer 4,80  
Preiselbeeren per Pfd. 0,45  
10 Pfd.-Eimer od. Dosen 4,00  
5% Rabatt empfiehl

**Beruh. Kranz**  
Ludwigs-Isar 65, Kaiserstraße 86, Ecke Kronenstraße.

**Färberei D. Lasch**  
Telephon 1953  
Bade n: 28 Sophienstraße 28  
40 Ludwigsplatz 40  
50 Kaiserstraße 50  
18 Anquialstraße 18  
83 Kaiserallee 83  
83 Berderstraße 83  
empfiehlt sich für alle in das Fach der

**Fäberei und chemischen Reinigung**  
einschlagenden Arbeiten. Anerkannt tadelloser billiger Bedienung. 44

**Fässer-Gesuch.**  
Suche für sofort ovale Lagerfässer 300-800 Liter, Transportfähig 20 bis 200 Liter, h. Lend. zu kaufen.  
Offerten unter Nr. 536 an die Exped. d. Bl. erbeten.

**Nächste grosse Bad. Invaliden-Geld-Lotterie**  
Ziehung sicher 24. Februar 06  
2928 Bargew. u. Abzug Mk.  
**44,000**  
1. Hauptgew. Mk. 20,000  
2. Hauptgew. Mk. 5000  
2 à 1000 = 2000  
4 à 500 = 2000  
20 à 100 = 2000  
100 à 20 = 2000  
200 à 10 = 2000  
260 0 zusammen 9000  
Los 1 Mk. Porto u. Liste 30 Pf.  
versendet: 257

General-Agent:  
J. Stillermer, Strassburg i. E.  
In Karlsruhe: Carl Götz, Hübels r 11/15.

**Söfenbad.**  
Söfenstr. 85. Gute Bedienung.  
Badezimmer I. Kl. 60 Pf. Abonnement billiger, II. Kl. 30 Pf. Kurbäder billig.  
Täglich geöffnet von morgens 7 bis abends 9 Uhr. Sonntags bis 12 Uhr.  
Mitglied des 2772. Rabatt-Verbands Karlsruhe.

**Carl Hummel, Karlsruhe**  
Werderplatz 41.  
Haftmesserhohlbleisfrei.  
Großes Haftmesserlager.  
Komplette Haftmesser.  
Bestand nach auswärts.